

Herrn Bundesaußenminister
Dr. Guido Westerwelle
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Augsburg, 12.3.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

im vergangenen Sommer haben wir Ihnen geschrieben und dafür geworben, den Antrag Palästinas auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Antwort war, dass erst die Verhandlungen vor Ort zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomie vorankommen müssten. Diese Verhandlungen aber sind seit vielen Monaten blockiert, weil Israel seine Siedlungspolitik unbeirrt von internationaler Kritik fortsetzt.

Wir möchten an die Bundesregierung appellieren, den Druck auf Israel zu verstärken, die auch vom IGH für illegal erklärte Siedlungspolitik nicht noch weiter voranzutreiben. Die Karte der besetzten Westbank ist von privilegierten israelischen Siedlungen übersät, die immer noch weiter ausgebaut werden; nicht zuletzt verbrauchen sie einen Großteil der knappen Wassers in der Westbank. Ein lebensfähiger palästinensischer Staat ist unter diesen Umständen nicht möglich. Irgendwo müssen doch auch die Palästinenser unter menschenwürdigen Bedingungen leben dürfen.

Gleichzeitig führt die israelische Regierung eine äußerst aggressive Sprache gegen einen Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrags, den Iran, und droht mit einem Angriff auf seine Atomanlagen; verschiedene Anschläge auf iranische Wissenschaftler und Anlagen in den letzten Monaten sind möglicherweise von Israel ausgegangen. Dennoch liefert Deutschland ohne Auflagen an die israelische Politik modernste U-Boote nach Israel.

Mit Recht weist die Bundesregierung darauf hin, dass die besonderen Beziehungen, die Freundschaft zu Israel ein immerwährendes Ziel der deutschen Politik ist. Aber Freundschaft kann niemals bedeuten, dass alle Handlungen des Freundes gebilligt werden und einem möglichen israelischen Angriffskrieg durch deutsche Waffensysteme sogar noch Vorschub geleistet wird.

Mit freundlichen Grüßen

pax christi Augsburg, Sachgruppe Israel-Palästina

PS: Dieses Schreibens geht postalisch auch an Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel und per Mail an die Bundestagsabgeordneten der Diözese Augsburg.